



Innenpolitik

Gegen No-Go-Areas mit der vollen Härte des Rechtsstaates vorgehen

Die CDU-Landtagsfraktion hat in der letzten Plenarsitzung einen Antrag zur Bekämpfung von No-Go-Areas und kriminellen Familienclans in NRW in den Landtag eingebracht. Hierzu habe ich im Plenum gesprochen. Die Menschen können sich nicht in jeder Ecke unseres Landes ohne Angst bewegen. Und NRW-Innenminister Jäger will nicht wahrhaben, dass es in NRW No-Go-Areas oder rechtsfreie Räume gibt, in denen krimi-



nelle Familienclans das staatliche Gewaltmonopol unter sich aufteilen. Es gibt Stadtviertel in Duisburg, Essen und Dortmund, in denen die Polizei nur noch mit verstärkten Kräften anrückt. Längst existieren Angsträume, in die sich zu bestimmten Zeiten insbesondere Ältere, Frauen und Einzelpersonen nicht mehr hineinwagen. Die Reaktion von NRW-Innenminister Jäger ist immer gleich: Er redet die Probleme schön statt sie zu lösen. Statt die Situation zu verharmlosen, braucht das Land eine Null-Toleranz-

Strategie gegen solche kriminellen Strukturen.

Die CDU-Landtagsfraktion fordert deshalb, dass das Landeskriminalamt umgehend mit der Erstellung eines Lagebildes „Clan-Kriminalität“ beginnt. In den Brennpunkten bedarf es einer konsequenten. Die Durchführung von regelmäßigen Razzien und Schwerpunkteinsätzen, täterorientierten Ermittlungen und die Nutzung aller Möglichkeiten des Ausländerrechts muss gewährleistet werden. Die Landesregierung versagt in der Erfüllung einer klassischen staatlichen Kernaufgabe: Dem Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor Straftaten. **Meine Plenarrede online:** <https://kurzlink.de/rede-no-go-area>

Polizei und Justiz

Einbruchsaufklärung in NRW weiter nur halbherzig

Mit gezielten Fahrzeugkontrollen haben u.a. Bayern und Baden-Württemberg im letzten Jahr mit großem Erfolg Einbrecherbanden gejagt und dingfest gemacht. Die nordrhein-westfälische Landesregierung versuchte nun, diese Aktion halbherzig zu kopieren. Mit mäßigem Erfolg, wie sich jetzt auf meine zweite Nachfrage in der Antwort der Landesregierung herausstellte. Es werden nur gute Absichten artikuliert, die Probleme allgemein aufgezählt, aber wenig Handfestes berichtet. Die Frage, wie künftig Einbrüche verhindert und aufgeklärt werden sollen, bleibt unbeantwortet. Hier erwarten die Bürger zurecht nachhaltige Lösungen. **Weiterlesen auf:** <https://kurzlink.de/kfz-kontrollen>

Justiz

Drohnen über Justizvollzugsanstalten

Nachdem in Bayern erste Probleme mit Drohnen über verschiedenen Justizvollzugsanstalten offenkundig wurden, habe ich mich bei der Landesregierung erkundigt, ob auch in NRW Fälle bekannt seien. Die Antwort zeigt, dass man die Thematik gut im Blick haben muss. Denn bisher sind sieben Überflüge bekannt geworden, gegen eine Person ist ein Ermittlungsverfahren anhängig. Die Justiz muss sicherstellen, dass mit Drohnen keine verbotenen oder gefährlichen Gegenstände in die JVA geschmuggelt werden können.

Die Antwort auf die Kleine Anfrage finden Sie hier: <https://kurzlink.de/drohnen>